

Medienmitteilung

Gefährlicher Vorschlag des Bundesrats

BDP wehrt sich für 75 Arbeitsplätze im Berner Oberland

Der Bund schlägt eine übertriebene Umsetzung des so genannten Minamata-Abkommens vor, die weder ökologisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll ist. Er riskiert damit den Verlust von 75 Arbeitsplätzen im Berner Oberland. Dagegen wehren sich die Bürgerlich-Demokratische Partei Schweiz (BDP) sowie ihre Berner Kantonalpartei vehement.

Im Jahre 2013 haben 92 Staaten, darunter auch die Schweiz, die so genannte Minamata-Konvention unterzeichnet. Die BDP unterstützt selbstverständlich die Zielsetzung dieses Abkommens, nämlich die Reduktion toxischer Substanzen und die Verringerung ihrer negativen Auswirkungen. Nun geht der Bundesrat aber mit der vorgeschlagenen Umsetzung über die Vorgaben der Konvention und auch über die europäischen Umsetzungspläne hinaus. So will er – im Gegensatz zur EU - den Export von recykliertem Quecksilber verbieten, ausser für Forschung und Entwicklung. Damit schießt er in mehrerer Hinsicht am Ziel vorbei.

Nach wie vor ist der Einsatz von Quecksilber in spezifischen Bereichen – zum Beispiel in Dentalamalgam – nicht vermeidbar und deshalb gemäss Minamata-Konvention auch erlaubt. Es ist dabei wesentlich vernünftiger, diesen Bedarf mit recykliertem Quecksilber zu decken, statt über den Abbau in Minen. Die Schweiz würde mit diesem Exportverbot letztlich eines der Hauptziele der Konvention torpedieren, indem mehr Quecksilber in Minen abgebaut würde.

Die Batrec AG in Wimmis gehört weltweit zu den drei grössten Recyclern von quecksilberhaltigen Abfällen. Dank führender Technologie und eines speziellen Verfahrens gilt sie als internationaler Vorzeigebetrieb. Ein Exportverbot im Sinne des bundesrätlichen Vorschlags würde unmittelbar zu einer Firmenschliessung und zum Verlust von 75 Arbeitsplätzen im Berner Oberland führen. Dagegen wehrt sich die BDP vehement. In Zusammenarbeit zwischen der Berner Kantonalpartei und der nationalen Partei hat sie in ihrer Vernehmlassungsantwort die Vorschläge des Bundesrates nicht nur kritisiert, sondern auch entsprechende Anpassungen vorgeschlagen. Mit den Forderungen der BDP können einerseits die Arbeitsplätze im Berner Oberland gesichert und andererseits die ökologischen Zielsetzungen des Minamata-Abkommens besser erreicht werden.

Auskunft:

Enea Martinelli, Präsident BDP Kanton Bern
079 427 51 34

Anita Luginbühl, Fraktionspräsidentin
078 756 02 52

21.02.2017